

002.2
Frau Mülöt

Verbesserung der Sicherheit auf dem Kesselbrink, Anfrage der CDU-Fraktion, Drucksache 8227/2020-2025

Nach Abstimmung mit dem Ordnungsamt und dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention gibt die Verwaltung zu der o. a. Anfrage die folgende Antwort:

Text der Anfrage:

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbesondere in Bezug auf Gewalt- und Drogenkriminalität, plant die Verwaltung für den Kesselbrink?

Zusatzfrage 1:

Inwieweit werden bei den Überlegungen auch die umliegenden Straßenzüge mitbedacht?

Zusatzfrage 2:

In welchem Zeitraum plant die Stadt erste Maßnahmen umzusetzen?

Die Fragen werden aufgrund des engen Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Die Ahndung von Gewalt- und Drogenkriminalität ist originäre Aufgabe der Polizei. Die Verwaltung besitzt diesbezüglich keine Befugnisse.

Die Polizeipräsidentin Frau Dr. Müller-Steinhauer hatte zuletzt am 24.01.2024 in der Sitzung des Ausschusses (TOP 5.1) aus der Sicht des Polizeipräsidiiums Bielefeld zur Sicherheitslage in Bielefeld berichtet und ist hierbei auch ausdrücklich auf die Situation am Kesselbrink eingegangen.

Die Sicherheitslage am Kesselbrink ist aber auch aus Sicht der Verwaltung unbestritten verbesserungswürdig. Daher ist dieser Platz auch definierter Bestandteil des gemeinsamen Sicherheitskonzeptes von Polizei und Verwaltung. Auf die Drucksachenummer 7295/2020-2025 wird verwiesen.

Ein wesentliches Element der Vereinbarung ist, unterschiedliche Professionen sowie deren präventiven und repressiven Ansätze besser zu vernetzen. Zudem sollen besonders im Fokus stehende Plätze dabei nach einem 5-Säulen-Modell (Ordnung & Sicherheit, Reinigung, sozialpräventiv, positiv-belebend sowie sozial-räumlich) gestaltet werden.

Angrenzende Straßen und Gebiete, hier ganz konkret das Ostmannturnviertel sowie der Jahnplatz, sind ebenfalls als Schwerpunkt-Orte des Konzeptes ausgewiesen, da Abhängigkeiten voneinander erkannt sind.

Das Ordnungsamt trägt zur Sicherheit des Platzes bereits seit mehreren Monaten durch verstärkte Präsenzen vor Ort bei. Auch wenn dabei keine polizeilichen Aufgaben übernommen werden, sorgt nach hiesiger Überzeugung bereits die Präsenz des Ordnungsamtes für ein stärkeres Sicherheitsgefühl und verhindert Straftaten.

Ergänzend sollen soziale Hilfen dazu beitragen, dass die problematischen Lebenslagen (Abhängigkeitserkrankungen, psychische Erkrankungen, Wohnungslosigkeit, etc.) unterschiedlicher Zielgruppen verbessert werden. Dazu gehören u.a. die Angebote der Wohnungslosenhilfe, der Suchthilfe und des Gemeindepsychiatrischen Verbunds. Das Kooperationsmodell Streetwork nimmt über verschiedene Formate Kontakt zu den Menschen auf dem Platz auf und vermittelt sie bestmöglich in die Hilfeangebote. Das Dezernat für Soziales und Integration befindet sich im Gespräch mit den Trägern über die Weiterentwicklung des Hilfesystems. Konkrete Ergebnisse können dazu voraussichtlich im Herbst vorgestellt werden; kritisch könnten die damit verbundenen Mehrkosten sein.

Gleichzeitig wird über den Betrieb des Grünen Würfels und die Organisation von niederschwelligen Angeboten auf dem Platz ein wichtiger Beitrag zur sozialen Kontrolle geleistet, der zumindest tagsüber einen positiven Effekt hat.

Einbezogen in die Erörterungen und Arbeitsphasen der Kooperationsvereinbarung werden auch Akteurinnen und Akteure des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes des Kesselbrinks.

Der nächste Runde Tisch zum Kesselbrink im Rahmen des Sicherheitskonzeptes ist für den 26. Juni terminiert.

gez.
Ralf Kleimann